Ein Land schrumpft

Essay Das politische System der Briten steckt in der Krise. Wenn das Königreich nicht auseinanderdriften soll, muss es umgebaut werden. *Von Christoph Scheuermann*

In Großbritannien wird am 7. Mai gewählt. Man sollte das erwähnen, denn selbst auf der Insel haben viele nicht bemerkt, dass ein Wahlkampf im Gange ist. Das Fernsehen hat Debatten übertragen, ab und zu steckte ein Flugblatt der Grünen im Briefschlitz. Davon abgesehen war es eine stille Auseinandersetzung, furchtsam, blutleer und klein, vermutlich passt das zu diesem Land, das einmal relevant und mächtig war, vor ziemlich langer Zeit.

Großbritannien ist geschrumpft. Es hat sich Schritt für Schritt aus Europa und der Welt zurückgezogen, es hat Einfluss und Selbstbewusstsein verloren, das wurde in den vergangenen Wochen und Monaten deutlich. Die Zeit ist vorbei, in der britische Politiker und Diplomaten in globalen Krisen den Weg wiesen oder sich zumindest an Lösungen aktiv beteiligten. In der Griechenland-Frage, der Eurokrise, in der Ukraine und im Konflikt mit Russland bleibt das Land im Abseits. Über Syrien spricht kaum noch jemand.

Möglich, dass oberhalb des Ärmelkanals ein neuer Staat entsteht. Man könnte ihn Little Britain nennen. Kleinbritannien.

Zum ersten Mal wurde dieses Land nach dem Finanzcrash 2008 sichtbar, an dem die britische Wirtschaft beinahe zerbrach. Es wurde die schlimmste Rezession seit Jahrzehnten. Dieses Trauma nagt noch immer am britischen Selbstverständnis, das seit Jahrhunderten an Handel, freien Märkten und der Dominanz des Kapitals ausgerichtet ist. Die Konservativen unter David Cameron, der 2010 Premierminister wurde, machten den ökonomischen Aufschwung zum politischen Programm, alles andere drängte in den Hintergrund.

In den Cameron-Jahren wurde Westminster zum „panic room“, in den sich das Establishment zurückzog und Schutz suchte vor vermeintlichen Feinden: vor Brüsseler Bürokraten, vor Immigranten und Europa, vor Krieg und Krisen und den Zumutungen der wirren, großen Welt. Das Land von Churchill und Darwin, von Scott und Newton war plötzlich verzagt, fast unsicher. Die vorherrschenden Gefühle waren Furcht und Unverständnis, man konnte das körperlich spüren, wenn man mit Leuten im Regierungsapparat sprach. Von außen wirkte das schwarze Backsteinhaus von No. 10 Downing Street wie die „Nautilus“ in einem aufgewühlten Meer, während sich drinnen Kapitän Nemo am Ofen wärmte.

Fast zeitgleich verschoben sich in der politischen Landschaft die tektonischen Platten. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steckt das System von Westminster tief in der Krise, die Apathie der Wähler ist ein Indikator dafür. Die im letzten Moment abgewendete Sezession von Schottland war das Vorbeben. Drei parallele Entwicklungen werden das Königreich in den nächsten Jahren prägen, gleichgültig, wer nach der Wahl an die Macht kommt.

Erstens zersplittert das Parteienwesen, das bislang zwei große Gegenspieler kannte, Konservative und Labour, in ein System mit fünf oder sechs Parteien. Die Großen verlieren kontinuierlich Mitglieder und Wählerstimmen, während kleinere Parteien gewinnen. Im Norden der Insel, in Schottland, strebte in den vergangenen Jahren die Schottische Nationalpartei (SNP) auf, im Süden, in England, waren es die Europaskeptiker der United Kingdom Independence Party (Ukip). Dazu kommen die Liberaldemokraten und die Grünen, die derzeit bei neun beziehungsweise fünf Prozent liegen. Das Mehrheitswahlrecht benachteiligt die kleinen und regional nicht verankerten Parteien, die weniger Mandate erhalten, als ihnen zustünden. Labour und Tories kommen in den Umfragen auf zwei Drittel der Stimmen, könnten aber bis zu 90 Prozent der Sitze im Parlament beanspruchen. Der Wille der Wähler spiegelt sich immer weniger in der Zusammensetzung des Parlaments wider, was die Legitimität der Institution aushöhlt.

Zweitens streben die Regionen weg von Westminster, dem bisherigen politischen Zentrum. Die regionalen Parlamente in Edinburgh, Cardiff und Belfast haben London seit Ende der Neunzigerjahre mehr und mehr Rechte abgetrotzt. Der Keim der Freiheit geht auf, in Schottland hat die SNP seit dem Unabhängigkeitsreferendum ihre Mitgliederzahl vervierfacht. Labour und Konservative reagieren darauf bislang mit Ignoranz und Dämonisierung, was den schottischen Nationalstolz nur anstachelt. Die Tendenzen zur Regionalisierung sind unübersehbar. Vermutlich muss das Königreich föderalistischer werden, wenn es nicht

FOTO: DANNY LAWSON / PRESS ASSOCIATION IMAGES

Schottische Unabhängigkeitsanhänger in Glasgow

in Einzelteile zerfallen soll. Es wird für die großen Parteien nicht möglich sein, die Separatisten dauerhaft zu ächten, wie sie es bisher versucht haben. Eine Partei, die einen ganzen Landesteil erobert, wie es der SNP voraussichtlich gelingen wird, kann in einer Demokratie nicht einfach ignoriert werden.

Damit hängt, drittens, die Marginalisierung Englands zusammen, des Rumpfgebiets des britischen Archipels, wo 85 Prozent der Briten leben. Bislang werden von vier Regionen nur drei – Schottland, Wales und Nordirland – in regionalen Parlamenten vertreten; die Engländer müssen darauf vertrauen, dass ihre Interessen vom gesamtbritischen Parlament in Westminster wahrgenommen werden. Dadurch entsteht eine Unwucht – sie hat einen England-Patriotismus hervorgebracht, der unter anderem den Aufstieg von Ukip befeuerte. Die Partei verkauft den Wählern erfolgreich ein Fünfzigerjahre-England, das groß und mächtig war, weil es seine Geschicke selbst bestimmen konnte. Wenn Gefahr drohte, fuhr man eben die Zugbrücken hoch. David Cameron reagierte auf dieses Minderwertigkeitsgefühl mit einem „Englischen Manifest“, das den Engländern mehr Autonomie verspricht. Bislang wirkt das allerdings wie konstitutionelles Flickwerk.

Weder die Konservativen noch Labour haben den Kräften, die am Vereinten Königreich zerren, etwas entgegenzusetzen. England ist die Wiege des modernen Parlamentarismus, aber das Unterhaus, die Herzkammer der Demokratie, wirkt derzeit so baufällig, wie es der aus dem 19. Jahrhundert stammende Palast von Westminster tatsächlich ist. Wasser tropft von Decken, das Gemäuer bröckelt, irgendwann könnte der ganze Bau kollabieren, wenn nicht jemand handelt.

Es sieht nicht so aus, als wäre der Wille oder die Kraft für die Sanierung vorhanden. David Cameron hat bereits eine dritte Amtszeit ausgeschlossen, wenn er überhaupt wiedergewählt werden sollte. Damit würde er bereits geschwächt starten, seine möglichen Nachfolger laufen sich schon warm. Der Labour-Chef Ed Miliband wäre wohl in einer Minderheitsregierung zwischen mehreren Parteien eingezwängt, wenn er Premierminister würde. Das Spitzenpersonal wirkt darüber hinaus blass, austauschbar und weit- gehend ideenlos. Einen Gesellschaftsentwurf, der über die Ankurbelung der Wirtschaft, die Reduzierung des 1,5 Billionen Pfund hohen Schuldenbergs und die Feinjustierung des Sozialstaats hinausgeht, bieten weder Miliband noch Cameron.

Auch dadurch lässt sich die neue Begeisterung für Populisten und Hasardeure erklären. Dazu zählen Nicola Sturgeon, die linksliberale SNP-Chefin, die den Schotten zusätzliche Milliarden verspricht; Russell Brand, der linke Comedian, der als selbsterklärter Revolutionär durch das Land zieht; Nigel Farage, der rechtskonservative Ukip-Vorsitzende, sowie Boris Johnson, der konservativ-libertäre Londoner Bürgermeister und Star der Tories. Diese vier stehen für das neue Großbritannien. Politisch verbindet sie nichts bis auf die Verachtung von Westminster und die Abneigung gegenüber jenen Beamten und Parteiverwaltern, die gerade den Ton angeben. Bis auf Boris Johnson hat keiner von ihnen im Unterhaus gesessen. Sturgeon, Brand, Farage und Johnson sind die Anti-Politiker, das macht sie für viele Wähler anziehend.

Großbritannien ist ein Land, das sich nach Aufregung sehnt und sich zugleich davor fürchtet. Überall herrschen Skepsis, Vorsicht und Argwohn, inzwischen wundern sich die Briten selbst über die Dominanz von „health and safety“, die Debatte über Gesundheit und Sicherheit im öffentlichen Leben.

Oberhalb des Ärmelkanals entsteht ein neuer Staat. Man könnte ihn Kleinbritannien nennen.

Ein verunsichertes Land mit einer schwachen Regierung kann kein selbstbewusster Partner in Europa sein. Die Europaskepsis wird von einer konservativen Elite weiter angefacht, die sich Washington näher fühlt als Brüssel und die hofft, abtrünnige Tories von der Ukip zurückzugewinnen. Im Moment sieht es nicht aus, als ob diese Strategie aufgegangen wäre. Die Tories liegen mit Labour gleichauf, zumindest in den Umfragen konnten sie weder vom Wirtschaftsaufschwung noch von europakritischen Untertönen profitieren.

Was folgt nach der Wahl? Wird Cameron im Amt bestätigt, wird er 2017 sehr wahrscheinlich ein Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU abhalten, wie er es versprochen hat. Die Gefahr ist, dass das Königreich aus Europa stolpert, ohne den Austritt wirklich zu wollen. Wird Miliband Premierminister, gibt es kein Plebiszit, dafür aber wohl Übergangsfristen für europäische Einwanderer, die auf der Insel Sozialleistungen beantragen. In keinem Szenario wird aus Großbritannien ein normales Mitgliedsland wie Deutschland werden, wo Debatten über die Zukunft und den Zweck der Union erst gar nicht stattfinden.

Die größten Probleme liegen in den Institutionen und einem parlamentarischen System, das der Gegenwart nicht mehr gerecht wird. Im Juni feiert Großbritannien das 800-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der Magna Charta, es wird ein großes Fest. Damals, 1215, räumte König John dem britischen Adel weitgehende Rechte gegenüber der Krone ein, die Magna Charta gilt als die Geburtsurkunde des modernen Rechtsstaats. Später exportierte Großbritannien das Westminster-System in die Welt, nach Australien, Kanada, Indien und in viele andere Länder. Inzwischen ist der britische Parlamentarismus selbst reparaturbedürftig. Das Verhältnis der Regionen zum Zentrum muss definiert werden, kleinere Parteien müssen im Parlament besser repräsentiert sein, England braucht eine Vertretung. Diese Fragen können nur gelöst werden, wenn das Land sich eine geschriebene Verfassung gibt – eine Nova Magna Charta. ■